

NIEDERSCHRIFT RAT/0017/2023

über die Sitzung des Rates der Stadt Billerbeck am 27.04.2023 im Sitzungssaal des Rathauses.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Frau Heike Ahlers
Herr Matthias Ahlers
Frau Tatiana Holtmann
Herr Bernd Kösters
Herr Marco Lennertz
Herr Peter Rose
Herr Frederik Salomon
Herr Thomas Schulze Temming
Herr Franz Josef Schulze Thier
Herr Christoph Ueding
Herr Werner Wiesmann
Herr Ralf Flüchter
Frau Hanna Hüwe
Herr Thomas Jakobi
Herr Christof Peter-Dosch
Frau Sophie Scholz
Frau Sarah Bosse
Frau Margarete Köhler
Herr Carsten Rampe
Herr Thomas Tauber
Herr Thomas Walbaum
Frau Iris Pawliczek
Herr Frank Wieland
Herr Niels Geuking

ab TOP 5

Entschuldigt fehlen:

Frau Dagmar Caluori
Frau Ann Katrin Meinert-Vormann

Von der Verwaltung:

Frau Michaela Besecke
Frau Marion Lammers
Herr Hubertus Messing
Herr Martin Struffert

Schriftführerin:

Frau Ute Höning

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:10 Uhr

Die Vorsitzende Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich seitens der Ratsmitglieder kein Widerspruch.

Herr Tauber teilt mit, dass sich Herr Rampe "Bahnbedingt" verspätet.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Bezugnehmend auf den Antrag der CDU vom 29.01.2019 auf Errichtung eines Trimm-Dich-Pfades teilt Herr Messing mit, dass die Outdoor-Fitnessgeräte am Sportplatz installiert worden sind. Die frei zugänglichen Geräte können nunmehr von der Bevölkerung genutzt werden.

Des Weiteren benachrichtigt Herr Messing die Ratsmitglieder mit Bezug auf einen Antrag der SPD vom 22.08.2022 hinsichtlich der Anschaffung einer zweiten Geschwindigkeitstafel für mehr Verkehrssicherheit in Billerbeck, dass die Anschaffung erledigt ist. Das bereits vorhandene Gerät befindet sich zurzeit in Reparatur – zukünftig werden beide Tafeln installiert. Die Ergebnisse der Messprotokollen werden in den Ausschüssen berichtet.

2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Januar 2023 hier: Beitritt zum Bündnis "Lebenswerte Städte und Gemeinden"

Die Vorsitzende Frau Dirks nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage und die Vorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss am 30.03.2023.

Frau Hüwe erläutert den gestellten Antrag mit Hinweis auf die bereits erfolgte, detaillierte und in ihren Augen verfrühte Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss. Sie betont, dass es bei dem Beitritt erstmal um ein Bekenntnis der Politik gehe, den Bürgern und Bürgerinnen zu signalisieren, dass über alle Straßen in Billerbeck gesprochen werden sollte. Es geht vor allem darum, dass die Ratsmitglieder als Experten für die Straßen in der Stadt die Möglichkeit bekommen, über alle Straßen im Sinne der Verkehrssicherheit über ein Tempo 30 nachdenken zu können und dieses auch an Kreis- und Landesstraßen innerhalb der Ortsgrenzen. Eine Ausgestaltung mit Fachkompetenz muss noch entwickelt werden. Dieses sind Entscheidungen, die nach dem Beitritt getroffen werden müssen – teilweise stehen noch Gesetzesänderungen an. Frau Hüwe hebt ebenso hervor, dass diesem Bündnis keineswegs nur Großstädte angehören – beispielhaft werden einige Nachbarkommunen (Coesfeld, Dülmen, Lüdinghausen, Laer und evtl. Nottuln) genannt. Heute gehe es darum, als Experten zu entscheiden.

Abschließend richtet sich Frau Hüwe an die Verwaltung, da sowohl im

Haupt- und Finanzausschuss am 30.03.2023 als auch in der Zeitung am 03.04.2023 die Aussage getroffen wurde bzw. dort zitiert wurde, dass für alle Straßen, die in städtischer Verantwortung sind, die Tempo-Zone 30 einzuführen, dieses bereits geschehen ist. Begrüßenswert wäre dann doch ein Tempo 30 Schild in der Bahnhofstraße – gerade da macht es Sinn, wo durch den öffentlichen Nahverkehr sehr viele verschiedene Verkehrsteilnehmende (Fußgänger, Fahrradfahrer) aufeinandertreffen.

Für die Fraktion der CDU teilt Herr Lennertz mit, dass seine Fraktion nach Abwägung aller Argumente zum Entschluss gekommen ist, dem Bündnis nicht zuzustimmen. Es fehle eine Rückkoppelung – insbesondere von den Fachbehörden. Mit Bezug auf die Hinweise von Herrn Geuking (s. Niederschrift Haupt- und Finanzausschuss) birgt dieser Beitritt eine Menge Konfliktpotential.

Anschließend bestätigt Frau Pawliczek die vorgenannten Bedenken und weist darauf hin, dass die Ratsmitglieder gerade nicht die Experten für Verkehrssicherheit sind. Aus diesem Grunde wird die FDP-Fraktion ebenso dagegen stimmen.

Nachfolgend meldet sich Herr Geuking ebenso mit Hinweis auf die vorherige Ausschusssitzung und sieht die Kompetenz als nicht gegeben an. Er betont, dass an den zentralen, wichtigen Stellen (Schulen, Wohngebiete) die Tempo 30 Zonen eingerichtet sind.

Auf Nachfrage von Herrn Wieland, ob es möglich sei, z.B. in der Bahnhofstraße die Tempo 30 Zone einzurichten, da es sich dort um einen Knotenpunkt handelt, führt Herr Messing aus, dass die Verwaltung grundsätzlich das Initiativrecht hat, sich an die Straßenverkehrsaufsicht zu wenden. Diese in Zusammenarbeit mit dem Straßenbaulastträger – je nachdem, ob es eine klassifizierte Straße ist – und der Kreispolizeibehörde nebst Verwaltung würden durch eine Ortsbesichtigung und unter Abwägung aller Argumente eine Prüfung einer Tempo 30 Zone durchführen.

Daraufhin teilt Frau Bosse mit, dass dieses Thema innerhalb der Fraktion der SPD ebenfalls diskutiert wurde. Frau Bosse begründet ihre Zustimmung damit, dass das angesprochene Konfliktpotential durchaus Sinn mache. Der Beitritt sei durchaus ein Schritt in die richtige Richtung und könne dazu beitragen, Wege zu finden.

Frau Hüwe schildert, dass eine mögliche Bewertungskommission häufig erst zusammenkommt, wenn bereits mehrere Unfälle geschehen sind. Die Auffassung der Fraktion Bündnis90/Die Grünen ist, dass es dann eigentlich schon zu spät ist. Wenn Verkehrssicherheit wichtig ist, dann macht der Beitritt Sinn.

Frau Dirks ergreift das Wort und betont, dass die Verwaltung sehr häufig schon die Initiative ergriffen hat. Aus diesem Grunde ist z.B. in allen Wohngebieten und allen verkehrsberuhigten Bereichen in der Innenstadt Tempo 30. Bezugnehmend auf die hoch frequentierte Bahnhof-

straße muss noch ein Austausch erfolgen. Frau Dirks betont, dass ihr die Initiative zu weit gehe. Die Auffassung, dass dieses ein Schritt in die richtige Richtung sei – ohne die Einbindung der Fachlichkeit und der vorgenannten Beteiligten – wird ihrerseits sehr kritisch gesehen. Die Einführung verschiedener temporärer Tempo 30 Zonen – wie z.B. am Freibad (saisonbedingt) – in Abstimmung mit den Fachbehörden macht durchaus Sinn – nicht aber eine grundsätzliche Einführung für das gesamte Stadtgebiet. Das Bündnis zielt auf Tempo 30 – auch auf Durchgangsstraßen – ab und dieses kann nicht das Ziel sein.

Daraufhin meldet sich Herr Tauber und hinterfragt die unübersichtliche Temporegelung der Parallelstraße zur Coesfelder Straße (vom Kerkeler bis zur Annettestraße/zum Kapellenplatz). Frau Dirks sagt eine Prüfung zu.

Weiterhin berichtet Herr Geuking von einer anderen Problematik – der Hahnenkamp wird z.B. gerne als Durchfahrtsstraße Richtung Oberlau genutzt.

Hier würde z.B. die Errichtung eines Wendehammers die Durchfahrt verhindern. Er betont, dass genau dieses das Problem sei – wie weit reichen die Kompetenzen. Reicht Tempo 30 oder noch weniger? Richten wir einen Wendehammer ein - ja oder nein? Genau dieses sei das angesprochene Konfliktpotential.

Hierauf ergänzt Frau Dirks, dass diese Problematik bereits seit Jahren bekannt sei. Verdrängungsverkehr ist auch nicht immer das Richtige. Der fachliche Input ist in ihren Augen sehr wichtig.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Dem Beitritt zum Bündnis “Lebenswerte Städte und Gemeinden” wird zugestimmt.

Stimmabgabe:	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		11	
Bündnis90/Die Grünen	5		
SPD	2		2
FDP		2	
FamilienPartei		1	
Bürgermeisterin			1

**3. Heimatförderung des Landes Nordrhein-Westfalen
hier: Teilnahme am Heimat-Preis in den Jahren 2023-2027**

Die Vorsitzende Frau Dirks erläutert den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage.

Herr Lennertz kritisiert, dass das Thema vorab nicht in den Ausschüs-

sen thematisiert worden ist. Die Wertschätzung für die Vereine und Verbände wird seitens der CDU definitiv unterstützt.

Herr Messing bestätigt dieses und begründet das Vorgehen damit, dass hierfür eine Bewerbungsfrist vorgegeben ist, welche erst sehr kurzfristig bekanntgegeben wurde. Eine Vorabberatung im Ausschuss für Generationen und Kultur war aus zeitlichen Gründen somit nicht möglich.

Herr Tauber begrüßt die weitere Vergabe des Heimatpreises, um nicht nur Vereinen und Verbänden, sondern möglicherweise auch Privatpersonen, die sich verdient gemacht haben, ein "Dankeschön" zukommen zu lassen. In seinen Augen ist eine Vorberatung nicht erforderlich.

Frau Pawliczek stimmt ihrem Vorredner zu und betont, dass es selbstverständlich sei, an diesem Förderprogramm wiederholt teilzunehmen.

Abschließend weist Frau Dirks darauf hin, dass formell ein Beschluss erforderlich ist.

Der Rat fasst folgenden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt für die Jahre 2023-2027 erneut die Teilnahme am „Heimat-Preis“ des vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung NRW aufgelegten Förderprogrammes „Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. Wir fördern, was Menschen verbindet.“

Für die Heimatpreise legt der Rat der Stadt Billerbeck folgende Preiskriterien fest:

- Verdienste um die Heimat
- Pflege und Förderung von Bräuchen
- Erhalt von Kultur und Tradition
- Engagement zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Stadt Billerbeck

Es muss mindestens ein Preiskriterium erfüllt sein.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Aufstellung des Bebauungsplanes „An der Welle/Josefstraße“ Hier: Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Frau Dirks erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen. Sie übergibt den Vorsitz an Herrn Kösters und nimmt selbst weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Herr Kösters weist auf die Vorberatungen und das einstimmige Ergebnis im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss hin.

Seitens der Ratsmitglieder ergeben sich keine Fragen.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Den Anregungen der Thyssengas GmbH, der IHK Nord Westfalen, der LWL-Archäologie für Westfalen und der Bezirksregierung Münster wird gefolgt.

Die Hinweise des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, der Deutschen Bahn AG, der Westnetz GmbH, dem Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen und der Brandschutzstelle des Kreises Coesfeld werden zur Kenntnis genommen.

Den Anregungen der Landwirtschaftskammer NRW bzgl. Kompensationen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen und der Deutschen Telekom Technik GmbH bzgl. privater Verkehrsflächen wird nicht gefolgt.

Der Flächennutzungsplan wird gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst.

Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie der §§ 7 und 41 GO NRW unter Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange nach § 1 Abs. 7 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes „An der Welle/Josefstraße“ mit den örtlichen Bauvorschriften als Satzung. Diese besteht aus der Planzeichnung sowie der Begründung.

Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist ortsüblich bekannt zu machen, dass die Aufstellung des Bebauungsplanes „An der Welle/Josefstraße“ beschlossen worden ist.

Stimmabgabe: einstimmig

Anmerkung:

Herr Tauber weist darauf hin, dass die Zuschauer durch Sichtbehinderungen nicht in der Lage sind, der Power-Point-Präsentation zu folgen.

Seitens der Verwaltung sagt Frau Dirks für künftige Sitzungen Lösungen für Zuschauer und Presse zu.

5. Autofreier Markt an Sonntagen

Die Vorsitzende weist auf die umfangreiche Diskussion im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 20.04.2023 hin, in dem beschlossen wurde, dass nochmals ein Gespräch der Verwaltung mit den Gastronomen geführt werden sollte.

Frau Dirks erläutert das Ergebnis wie folgt:

Die Gastronomen akzeptieren aus Prinzip keinerlei Sperrung an Sommer-Sonntagen von 12 bis 18 Uhr. Die Gastronomen machen davon ihre Existenz abhängig. Als im letzten Jahr bereits die sogenannte Testphase durchgeführt wurde, waren die Stühle in der Außengastronomie zwar be-

setzt – dennoch haben die Gastronomen Umsatzeinbußen festgestellt. Das Thema Aufenthaltsqualität, was seitens der Verwaltung nochmal angebracht wurde - wurde überhaupt nicht nachvollzogen. Die Menschen seien ja da, wenn sie sich nicht wohlfühlen würden, würden sie ja wegbleiben. Die Besucher könnten gut mit dem Autoverkehr leben und somit ist keine Verbesserung / Veränderung erforderlich. Die Gastronomen sehen überhaupt keine Vorteile in einem autofreien Markt, sondern eher eben die Nachteile. Weiterhin erwarten sie, dass die Straße wieder leerer wird, da der Boom der Fahrradfahrer und Fußgänger nicht anhalte – und zwar aus dem Grunde, dass nunmehr nach Corona wieder alle Urlaubsziele offen seien. Die Gastronomen selber haben ganz deutlich den Bedarf geäußert, dass sie jederzeit mit dem PKW erreichbar sein und die Kunden barrierefrei mit dem PKW vorfahren können müssen und der überwiegende Teil ihrer Kundschaft sei mobilitätseingeschränkt oder wolle keine Entfernungen auf sich nehmen. Dem Hinweis, dass es in keinem Falle mehr als 30 – 40 m Entfernung zu den verschiedenen Lokalitäten seien, wurde ebenso nicht gefolgt – dieses sei schon zu viel.

Frau Dirks erläutert weiter, dass seitens der Verwaltung ebenso über die mögliche Zufahrt über das "Herzchen" hingewiesen wurde – auch dieses sei aber ebenso keine Alternative in den Augen der Gastronomen. Hierdurch würde eher ein Verkehrschaos erzeugt, weil die überwiegende Anzahl der Kundinnen und Kunden mit dem Auto dann hineinfahren würden. Weiterhin wurde angeführt, dass potenzielle Gäste von der Sperrung abgeschreckt und andere Ziele anfahren würden.

Zum Thema Verkehrssicherheit wurde u.a. für eine Verlegung des Sandkastens plädiert. Dieser Sandkasten sei kein Mehrwert für die Gastronomie. Es wurden weitere Fahrradstellplätze auf dem Domplatz angeregt – wofür es bereits eine grundsätzliche Zusage der Kirchengemeinde gibt. Dieses müsste noch im Detail besprochen werden. Zudem wurde eine Reduzierung der Geschwindigkeit durch Einführung einer Spielstraße – wie früher – angeregt – dieses ist allerdings nicht machbar, da es sich lediglich um einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich handelt.

Nachvollziehbar war seitens der Gastronomen, dass Falschparker durch das Ordnungsamt kontrolliert und sanktioniert werden – gleiches gilt für Fahrrad Parker. Frau Dirks betont, dass gleichwohl das ordnungsgemäße Aufstellen von Tischen und Stühlen in den vorgegebenen Zonen kontrolliert werde.

Ein Kompromissvorschlag des autofreien Marktes wurde überhaupt nicht diskutiert, da prinzipiell die Ablehnung formuliert worden ist. Seitens der Verwaltung wurde eine reduzierte Anzahl von Sonntagen angeboten (Juni bis August) oder auch nur in den Sommerferien (6 Sonntage). Darüber hinaus wurde der Vorschlag für die Einrichtung von Haltezonen an beiden Seiten der Absperrung unterbreitet, damit die mobilitätseingeschränkten Menschen möglichst nahe aussteigen können, um dann die 30 – 40 m zurückzulegen – aber all diese Vorschläge kommen für die Gastronomen nicht in Frage.

Nach der Berichterstattung über das geführte Gespräch, betont Frau Dirks nochmals, dass sie deutlich machen möchte, dass über dieses Thema bereits seit dem letzten Jahr gesprochen wird und die Gastronomen von Anfang an einbezogen waren. Die Idee komme zudem nicht aus der Verwaltung – keinesfalls sollte es so sein, dass Irgendjemandem Irgendwas weggenommen wird. Die Anregung kam aus der Bürgerschaft – aus der Beteiligung zum Thema Mobilität / Mobilitätskonzept und ist ebenso Ergebnis der Umfrage. Leider scheint es unmöglich, die Interessen zusammen zu bekommen, weil die Gastronomen die Angelegenheit ganz anders sehen als die Bürgerinnen und Bürger, die an der Umfrage oder den Beteiligungsformaten teilgenommen haben. Gespräche wurden geführt – auch nachdem eine Testphase für eine Marktspernung durchgeführt wurde.

Anschließend äußert Herr Walbaum seine Enttäuschung darüber, dass die drei Geschäftsleute es nicht hinbekommen haben, sich in die Lage der Bürgerschaft zu versetzen, sondern nur "Verlierer-Gesichtspunkte" in der Sache sehen – zumal nach der Umfrage ein ganz klares Ergebnis vorliege. Viele Menschen in Billerbeck würden den temporären autofreien Markt sehr gerne ausprobieren. Wünschenswert wäre mehr Empathie der Geschäftsleute gewesen und weiterhin sollte bedacht werden, dass die Billerbecker Bürgerschaft ebenso mögliche Kunden sind.

Für die Familien-Partei meldet sich Herr Geuking und kritisiert, dass er bei der Vorab-Mitteilung per Mail nicht berücksichtigt wurde. Er fordert, dass Vorhaben mit Leben zu füllen. Am Ende muss für alle Bürgerinnen und Bürger einschließlich Gastronomen eine Lösung gefunden werden. Herr Geuking spricht sich für die Idee, die Sommerferien zu nutzen – mit einem Konzept – aus. Die sechs Sonntage in den Sommerferien sollten seiner Meinung nach als Testballon durchgeführt werden. Danach lägen solide Zahlen der Gastronomen vor und entsprechende Rückmeldungen. Ebenso könne dann die Frequentierung des Marktes nachgehalten werden.

Nachfolgend führt Herr Wieland aus, dass in den vergangenen Jahren eine Umgestaltung des Marktes erfolgt ist. In diesem Zuge seien bereits mehrere Parkplätze verloren gegangen. Nunmehr gehe es wieder um Stellplätze, die nicht angefahren werden können. Für Leute, die nicht so gut zu Fuß sind, stelle dieses ein Problem dar. Das bilde die Online-Umfrage nicht ab, da die ältere Generation hier nicht ausreichend vertreten sei. Eine Testphase des autofreien Marktes sei bereits 2022 durchgeführt worden. Da hätte mehr mit den Gastronomen gesprochen werden müssen. Dem Willen der Gastronomen sollte auf jeden Fall Sorge getragen werden, weil diese die Säulen der Stadt seien, die die Aufenthaltsqualität aufrechterhalten. Sollten diese an den möglichen autofreien Sonntagen beschließen, die Geschäfte zuzulassen, dann frage er sich, was dann am Markt geschehe.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt Frau Hüwe fest, dass die Ergebnisse sehr wohl deutlich zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger in Billerbeck für die Sperrung des Marktes sind. Es haben immerhin meh-

rere Hunderte daran teilgenommen und grundsätzlich sollte man dieses Ergebnis auch ernst nehmen. Dass die FDP die Umfrage in Frage stellt, sei schwierig, da das Alter dort nicht abgefragt worden ist. Klar sei, dass online eher jüngere Menschen zu treffen seien – dennoch bestehe die Möglichkeit, die Umfrage z.B. zusammen mit seinen Eltern / Großeltern auszufüllen. Zudem sind in der Straße lediglich fünf Parkplätze betroffen. In der umliegenden Umgebung steht ausreichend Parkraum fußläufig zur Verfügung. Durch die niedrige Anzahl der Parkplätze, die sich dort befinden, komme es eher vermehrt dazu, dass Autos auf der Suche nach einem Parkplatz diesen Straßenraum befahren. Wenn es darum geht, Menschen mit Beeinträchtigungen den Zugang zum Markt zu ermöglichen, könne in Erwägung gezogen werden, z.B. die Parkmöglichkeiten in der Schmiedestraße oder unteren Bahnhofstraße als Behindertenparkplätze auszuweisen. Durch die Sperrung gewinnt die Stadt an Verkehrssicherheit, denn spielende Kinder (auch im Sandkasten) könnten durch die Eltern leichter beaufsichtigt werden. Eine Verlegung des Sandkastens kann ihrerseits nicht befürwortet werden. Ebenso weist Frau Hüwe darauf hin, dass nicht immer erst Unfälle geschehen müssen bevor die Stadt reagiert. Die Entscheidung gegen die Sperrung des Marktes sei kein Bauchgefühl. Sollten tatsächlich Einbußen bei den Gastronomen entstehen, müssten diese auch dargelegt werden. Das Potential für die Ausdehnung der Gastronomie sei da und somit auch ein Mehrgewinn der Aufenthaltsqualität. Dieses habe der Versuch im letzten Jahr eindeutig belegt, die Straßen waren voller Leben.

Im Anschluss meldet sich Herr Ahlers und weist auf die Vorberatungen im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss hin. Dort wurde seitens der CDU deutlich gemacht, dass eine Sperrung nur im Einvernehmen mit den Anliegern – also einschließlich der Gastronomen möglich ist. Die Mail und die Ausführungen von der Frau Bürgermeisterin zeigen, dass die Sorge da ist. Es wurde bereits viel über Umsatzkalkulation oder Umsatzprognose gesprochen. Herr Ahlers betont, dass er sich die Beurteilung der Aussagen der Gastronomen nicht anmaße – die Sorge der Gastronomen sollte ernst genommen werden. Diese könnten am besten beurteilen, was in den Lokalen los ist. Die Gastronomie sei für den Tourismus als Anlaufstelle wichtig und eine Gefährdung müsste unbedingt vermieden werden. In der letzten Woche habe die CDU bereits klargestellt, dass gegen die Gastronomen auf keinen Fall entschieden wird. Der Schließung des Marktes werde nicht zugestimmt. Es gehe darum, andere Ideen zu entwickeln, von denen Alle profitieren können.

Daraufhin erteilt die Vorsitzende Herrn Tauber das Wort. Dieser richtet sich direkt an seine Ratskolleginnen und Ratskollegen und betont, dass es das Ziel Aller sein muss, auf dem Marktplatz eine gute Mischung zum Wohle der Allgemeinheit zu erreichen. Das sei aber nur möglich, wenn noch Bewegung möglich ist. Insofern begrüßt er das Engagement der Bürgermeisterin und nicht nur erst seit der letzten Woche und auch nicht erst seit dem letzten Jahr. Das Thema ist schon ein ganzes Stück älter. Der Vor-vor-vorgänger im Amt der Verwaltungsleitung habe damals schon befürwortet, dass der Markt autofrei werden sollte. Er kritisiert, dass die Gastronomen sich einer Mehrheit des Rates sicher sein können.

Die CDU habe den Gastronomen bereits im letzten Jahr die Zusage gemacht, dass der Markt offenbleibe. Herr Tauber verweist auf einen Austausch mit dem Ausschussvorsitzenden der CDU am Rande eines Gespräches in anderer Sache.

Er bedauere, dass so das Engagement der Bürgermeisterin keine Chance habe. Er stellt sich die Frage, warum die ablehnenden Gastronomen überhaupt noch zu einem Kompromiss bereit sein sollten, wenn sie sich die Zustimmung der größten Fraktion, der CDU, schon frühzeitig sicher sein konnten. Warum sollen sich die Ablehnenden überhaupt noch bewegen, wenn sie solch ein Pfund der Ratsmehrheit – eine Zusage von der größten Partei – der CDU – frühzeitig in der Tasche haben. Die Argumente, die hoch und runter diskutiert werden, die sind alle bekannt. Das ist auch hier eine subjektive Wertung, die vorgenommen wird. Herr Tauber spricht wiederholt die Ratsmitglieder der CDU und FDP an und betont, dass nur sie diesen "Karren" wieder in Bewegung bringen und herausziehen können. Die von Herrn Ahlers angesprochenen Kompromisse sind in seinen Augen nicht vorhanden. Eine Beurteilung der befürchteten Umsatzeinbußen erfolge aus seiner Sicht auf subjektiver Basis, es gebe keine belastbaren Zahlen.

Herr Tauber bittet die Ratskolleginnen und -kollegen um die Besinnung auf das Wohl der Allgemeinheit. Er schlägt eine Schließung des Marktes an den Sonntagnachmittagen in den drei Sommermonaten Juni bis August vor, der sich eine gründliche Evaluierung anschließen sollte. Die Umfrage zeige, dass die Öffentlichkeit sich temporär an den Sonntagen in Sommermonaten einen autofreien Markt wünsche. Der Markt gehöre der Allgemeinheit und Einzelinteressen sollten nicht schwerer gewichtet werden.

Im Nachgang nimmt Frau Scholz Stellung zur Verhandlung der Interessen und führt aus, dass sie einen unabhängigen Sachverständigen mit schnellen und guten Ergebnissen – nämlich Google – gefragt habe. Sie hat die Begriffe Lebensqualität und öffentlicher Raum eingegeben und eines der ersten Ergebnisse habe ausgesagt, dass in den vergangenen Jahrzehnten der öffentliche Raum immer dem Autoverkehr untergeordnet wurde. Zukunftsgerichtete Städte orientieren sich allerdings an mehr Lebensqualität durch grüne Erholungsräume und Orte der Begegnung für Bewohnerinnen und Bewohner. Dieses stellt genau die Ergebnisse dar, die sich durch die Umfrage / Bürgerbeteiligung ergeben haben. Die Gastronomen können sagen, dass sie Geld verlieren. Die Kinder wiederum verlieren ganz viel. An der Eisdielen z.B. hätten die Kinder einen Raum, den sie sicher bespielen können – hier entstehe allerdings ein riesiger Verlust an Sicherheit. Diejenigen, die anreisen, um die Gastronomie wahrzunehmen, haben einen Verlust von Bequemlichkeit. Dieses gegenübergestellt, fasst Frau Scholz zusammen, dass die Sicherheit der Kinder im Verhältnis so viel größer verletzt wird – die Bequemlichkeit muss hintenangestellt werden. Die Überlegung einer Verlegung des Kindersandkastens bezeichnet sie als Missachtung der Interessen und stößt auf kein Verständnis. Auch das Argument, dass mögliche Gäste durch die Sperrung abgeschreckt werden, ist nicht haltbar. Frau Scholz bekundet ihre Zustimmung zu dem temporären autofreien Markt, der für Fahrradtouristen sehr attraktiv sein könnte.

Nochmals ergreift Frau Hüwe das Wort und hebt hervor, dass alle Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden sollten und nicht nur die Gastronomen. Die Ratsmitglieder sind die gewählten Vertreterinnen und Vertreter aller Bürgerinnen und Bürger. Mit Hinweis auf eine Anfrage der CDU am 14.09.2021 im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss, ob eine Sperrung des Marktes nicht möglich sei, sei sie umso mehr verwundert, warum eine Sperrung nunmehr abgelehnt werde.

Daraufhin regt Herr Peter-Dosch an, weiterhin im Gespräch zu bleiben und eine wirklich attraktive Lösung für Billerbeckerinnen und Billerbecker und nicht nur Geschäftstreibende zu finden. Er schlägt eine Evaluation von Profis vor. Man könnte z.B. durch Videoaufzeichnungen Fakten belegen. Fakten bezogen auf Umsätze würden voraussichtlich nicht zur Verfügung stehen.

Für die SPD fragt sich Frau Köhler, warum die Stadt für sehr viel Geld die Innenstadt barrierefrei gestaltet hat. Weiterhin stellt sie die Frage in den Raum, wie die Gaststätten aufgestellt seien, was die Mobilitätsfreiheit angeht. Sowohl die Toiletten wie auch die Eingänge seien schwierig zu erreichen. Das Messen mit zweierlei Maß empfindet Frau Köhler als überaus störend.

Hierauf äußert Herr Flüchter seine Verwunderung darüber, dass in anderen Städten die Gastronomen um jeden Meter der Außengastronomie kämpfen müssen und hier bietet sich den Gastronomen die Chance. Die Erweiterung könnte ebenso zu einer positiven Entwicklung beitragen. Das Verständnis für die Personen, die in Ruhe dort verweilen möchten, ist durch die Umfrage eindeutig belegt. Seine persönlichen Beobachtungen bestätigen, dass viele Autos den Bereich lediglich durchfahren, da es möglich ist und um festzustellen, dass kein Parkplatz mehr verfügbar ist. Letztendlich führe dieses zu mehr Falschparkern und Chaos. Er spricht sich für den temporären autofreien Sonntagnachmittag aus.

Ebenso Bezug nehmend auf die Umfrage bezeichnet Frau Pawliczek die Folgerung, dass alle Billerbeckerinnen und Billerbecker den autofreien Markt möchten, als vermessen. Ihr zeige die Umfrage nicht, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung an dieser Umfrage teilgenommen hat. Von den rd. 12 T Einwohnerinnen und Einwohnern haben lediglich einige hundert an der Umfrage teilgenommen. Es ergibt sich aus den Umfrageergebnissen nicht, wer / welche Altersgruppe teilgenommen hat. Zu sagen, es handele sich um eine repräsentative Umfrage, aus der sich ergibt, dass alle Billerbeckerinnen und Billerbecker das wollen – bezweifelt Frau Pawliczek. Sie empfindet, dass die Gastronomen durch andere Ratsmitglieder zu Unrecht angegriffen würden. Die in der Umfrage häufig beschriebene Aufenthaltsqualität werde durch die Gastronomen mitgestaltet. Die Aufenthaltsqualität würde sich durch Schließungen auf Null reduzieren. Auch sie spricht sich für die Weiterführung der Gespräche aus und möchte zukünftig darum bitten, die Gastronomen nicht als „geldgeile Unternehmer“ darzustellen.

Frau Dirks bekräftigt, dass im Rat immer ein Kompromiss gesucht wer-

den müsse Schwierig sei es, wenn kein Kompromiss möglich ist, weil sich eine der Seiten, die sich auf einen Kompromiss einlassen müsste, weiß, dass sie das gar nicht muss, weil sie eine Mehrheit im Rat hat. Diesen Eindruck habe die Verwaltung gewonnen. Sie betont, dass die Gastronomen natürlich gebraucht werden – aber die Gastronomen brauchen auch die Stadt und ein ansprechendes Umfeld. Die Schließungen in der Corona Pandemie haben deutlich gemacht, dass trotzdem eine hohe Aufenthaltsqualität im Umfeld des Marktes vorhanden war. Die Priorität müsse ein Miteinander sein, dass aber auch gewollt sein müsse. Die Themen Gastronomie und Aufenthaltsqualität würden in anderen Orten anders betrachtet – viele positive Potentiale könnten sich für beide Seiten ergeben. Die Sichtweise der Gastronomen erschließe sich ihr nicht. Alle brauchen lebenswerte Städte – erreichbar, aber möglichst ohne Auto mit-tendrin. Abschließend stellt sie nochmals fest, dass die gute Beteiligung an der Umfrage ein hohes Interesse der Bevölkerung widerspiegelt.

Nachfolgend bekräftigt Herr Geuking, dass die Stadt für Jeden, der in der heutigen Zeit ein Angebot im Bereich der Gastronomie anbietet, dankbar sein sollte. Nunmehr müsse ein Einvernehmen erzielt werden und kein Stillstand akzeptiert werden. Die Fortentwicklung – hinsichtlich Entwicklung Radtourismus – nehme immer Fahrt auf. Es sei schwierig, wenn eine Seite nicht kompromissbereit sei. Im Sinne eines Interessenausgleichs schlug er bereits in einer vorherigen Sitzung die Reduzierung des Zeitraumes auf die Sommerferien vor. Der Radtourismus könnte vermarktet werden. Die temporäre Schließung (12 – 18 Uhr) lasse Zeiten und Möglichkeiten der Abholung – vor und nach der Sperrung offen. Diejenigen, die in den Lokalen / Außengastronomie verweilen, können die Ruhe und Ungestörtheit ebenso genießen. Darüber hinaus könnte in Erwägung gezogen werden, die Außengastronomie zu erweitern und so zusätzliche Angebote zu schaffen.

Wiederum Bezug nehmend auf die Umfrage weist Frau Hüwe auf verschiedene Workshops hin – vor allem Mobilitätskonzept, in dem der autofreie Markt auch ein Ergebnis darstellt. Auch sie bekräftigt, so wie Herr Tauber, dass dieses Thema bereits seit Jahren diskutiert werde. Sie betont, dass nicht nur die Umfrage die Quelle des autofreien Marktes sei, sondern vielmehr der vermehrte Wunsch seitens der Bevölkerung von Billerbeck.

Für die SPD weist Herr Tauber die Vorwürfe des Angriffs auf die Gastronomen zurück. Die Gastronomen werden sehr wohl geschätzt und gewürdigt - auch über Parteigrenzen hinaus. Belegt werden kann das Verhalten der Politik gegenüber den Gastronomen in der Corona Zeit mit den Corona Hilfen, die in Billerbeck finanziell zur Verfügung gestellt wurden - mit der Einbindung der Gastronomen in einzelne Aktionen (Stadtführungsprogramme) und den großzügigen Sondernutzungen.

Herr Tauber stellt die Frage, ob die Haltung der Gastronomen noch zeitgemäß sei. So könne ein Hol- und Bringservice im Hotelbetrieb ein gutes Angebot sein

Herr Tauber beantragt für die SPD, den Kompromissvorschlag der dreimonatigen Erprobungsphase – aufstockend auf den Vorschlag, den Herr

Geeking gemacht hat (nur 6 Sonntage in den Sommerferien). Für die Fraktion der SPD möchte Herr Tauber sicherstellen, dass die Hydraulikpolleranlage Teil des Kompromissvorschlages sein sollte, um den Sicherheitsaspekt zu berücksichtigen.

Herr Wieland meldet sich zu Wort und betont, dass es eine Testphase bereits gegeben habe. Es sei dabei aber versäumt worden, mit den Gastronomen zu sprechen. Ein Ansatz könnte sein, auf der Domplatte Fahrradabstellmöglichkeiten anzubieten sowie die Mitnutzung der Lange Straße, die allerdings attraktiver gestaltet werden müsste. In der Lange Straße könnte durch Attraktionen eine Belebung erfolgen – Fläche hierfür wäre dort vorhanden. Zu bedenken gibt er weiterhin, dass sich die Meinung der Gastronomen in Zukunft ändern könnte – bis dahin muss dieses „Gut Gastronomie“ geschützt werden.

Verwaltungsseitig nimmt nun Herr Messing Stellung und weist den Vorwurf, nicht mit den Gastronomen im Dialog zu sein, zurück. Die Verwaltung war bereits in der Testphase mit den Gastronomen permanent im Gespräch. Im letzten Herbst wurde den Gastronomen weiterhin zugesichert, dass seitens der Verwaltung keine generelle Sperrung des Marktes angestrebt wird und erste Gespräche mit der Kirche bzgl. Fahrradabstellmöglichkeit stattgefunden haben. Er bekräftigt, dass auch die Verwaltung bestrebt sei, das Geschehen auf dem Markt zu entzerren und eventuell auch durch den Einsatz des Ordnungsamtes zu regeln. Die Verwaltung war nach dem letzten Herbst der Auffassung, dass der Minimalkompromiss einer zeitlich temporär begrenzten sonntäglichen Schließung für Alle in Ordnung ist. Die Gründe, warum nun die Gastronomen strikt gegen diese begrenzte Sperrung sind, erschließen sich leider nicht. Bezugnehmend auf die Umfrage betont Herr Messing, dass hierdurch Allen die Möglichkeit gegeben werden sollte, speziell die Bedürfnisse zu benennen. Dieses ist auch so geschehen. Wenn die Frage lediglich Sperrung ja oder nein gewesen wäre, wäre die Teilnehmerzahl der Umfrage sicherlich auch wesentlich höher gewesen.

Abschließend – bezogen auf den Vorschlag von Herrn Peter-Dosch – äußert Herr Messing, dass eine Evaluierung sinnvoll ist – Durchführung, Kosten, Zeitrahmen, etc. müssten allerdings noch geklärt werden.

Die Vorsitzende Frau Dirks unterrichtet die Ratsmitglieder, dass bislang eine Evaluierung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt erfolgt ist. Diese haben ihre Beobachtungen – vollbesetzte Stühle und Eisverzehr – geschildert. Nach der Testphase haben ebenso Gespräche der Gastronomen mit der Verwaltung (Touristik und Citymanagement) stattgefunden. Frau Dirks äußert Verständnis dafür, dass die Gastronomen von Veränderungen nicht begeistert sind.

Für die Fraktion der CDU nimmt Frau Holtmann Bezug auf den Einwand von Frau Hüwe – Antrag der CDU vom 14.09.2021 - und stellt klar, dass es sich hier um eine Anfrage im Stadtentwicklung- und Bauausschuss handelt, in der sie auf eine brenzliche Situation im Bereich des Marktes hingewiesen hat. Von ihr und der Fraktion der CDU sei nicht beantragt worden, den Markt zu sperren. Sie bekräftigt, dass die Fraktion der CDU

pro Gastronomen ist. Wenn die Gastronomen sagen würden, wir möchten den autofreien Markt, dann würde die Fraktion auch anders denken.

Ein weiteres Mal ergreift Frau Pawliczek das Wort und entschuldigt sich in aller Form für ihre Wortwahl („geldgeile Unternehmer“) von vorhin. Sie erklärt, was ihr negativ aufgestoßen ist und von mehreren Rednern unterschwellig der Vorwurf kam, dass die Unternehmen ihre Umsatzzahlen, bzw. die Befürchtung zu ihren Umsatzzahlen bewusst falsch darstellen. Dieser Eindruck ist durch einige Redner bei ihr entstanden. Bezugnehmend auf Herrn Peter-Dosch zitiert sie diesen wie folgt: „Naja – die sagen das mit ihren Umsätzen, aber, ob das so ist, dass weiß ja nur das Finanzamt.“ Dieses interpretiert Frau Pawliczek als unterschwelligen Angriff insofern, dass die Befürchtungen, die ganz klar geäußert wurden - hinsichtlich der Umsatzzahlen - nicht ernst genommen werden.

Herr Lennertz weist den Vorwurf, man habe den Gastronomen gegenüber bereits Zugeständnisse gemacht, zurück. Sicherlich habe man im letzten Jahr bereits Gespräche geführt. Die CDU-Fraktion habe sogar in der letzten StuB-Sitzung den Vorschlag gemacht, einen Kompromiss heraus zu arbeiten und nochmals mit den Gastronomen ins Gespräch zu kommen. Die CDU habe sehr wohl dafür geworben, in eine Kompromissbasis einzutreten.

Darauf teilt Herr Tauber mit, dass er sich an Gespräch am 28.09.22 im Anschluss an eine Werbegemeinschaftssitzung erinnert bei dem die CDU bereits Aussagen gegen eine Marktsperre getroffen habe. Die Fraktion der CDU habe mit der Ratsmehrheit ein deutliches Signal gesendet, so dass es keinen Spielraum mehr für Kompromisse gebe.

Herr Rampe weist die Vorwürfe, man würde sich in der SPD für Gastronomen und deren Belange nicht interessieren, zurück. Dieses stimme nicht – belegt wird dieses durch eine Zustimmung des Rates, dass man sich mit der Außengastronomie nochmals ausdehnen dürfe – ohne, dass hierfür für die Gastronomen Kosten entstehen.

Das Argument „Billerbeck sei eine kleine Stadt“ gelte nicht – er fordert die Ratsmitglieder auf, vergleichbare Städte zu betrachten. Hier werden Fahrradstraßen entwickelt und auch Sperrungen durchgeführt – sicherlich nicht gegen den Willen einer Mehrheit. Hinsichtlich der Umfrage und dem Vorwurf, dass diese nicht repräsentativ sei, weist Herr Rampe auf die doch beachtliche Beteiligung hin. Frühere Umfragen wiesen durchaus wesentlich geringere Beteiligungszahlen auf. Zudem war diese Umfrage inhaltlich umfangreich.

Bezüglich des in Corona Zeiten errichteten Sandkastens und die Aufstellung einer Fahrradabstellanlage an diesem Standort (Domplatz) bestehe sicherlich noch Klärungsbedarf. Nichts desto trotz spricht sich Herr Rampe für eine temporäre Sperrung in den Sommerferien aus.

Für die Fraktion der Grünen betont Herr Flüchter nochmals, dass es sich bei dem ursprünglichen Vorschlag seitens der Verwaltung bereits um einen riesengroßen Kompromiss handelt – nur an Sonntagen bei schönem Wetter, temporär begrenzt. Alle Nachfragen, wie und durch welche Maß-

nahmen Bedenken ausgeräumt werden können, haben zu keinem Ergebnis geführt.

Die Vorsitzende Frau Dirks nimmt Bezug auf die vorgeschlagenen Beschlussalternativen und lässt über zwei Vorschläge abstimmen.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss 1:

1. Die im Mobilitätskonzept unter Ziffer III.4. vorgesehene Maßnahme zur Sperrung des Marktes („autofreier Markt“) wird ab der Sommersaison 2023 umgesetzt. Die Sperrung des Marktes wird auf Sonntage mit entsprechend schönem Radfahrwetter im Zeitraum Juni bis August in der Zeit zwischen 12.00 und 18.00 Uhr beschränkt.
2. Die im Haushalt 2023 vorgesehene Hydraulikpolleranlage an der Einfahrt zur Straße Markt wird installiert. Der Sperrvermerk für die im Haushalt eingeplanten Mittel wird aufgehoben.

Stimmabgabe:	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		11	
Bündnis90/Die Grünen	5		
SPD	5		
FDP		2	
Familien-Partei	1		
Bürgermeisterin	1		

Beschluss 2:

1. Die im Mobilitätskonzept unter Ziffer III.4. vorgesehene Maßnahme zur Sperrung des Marktes („autofreier Markt“) wird ab der Sommersaison 2023 umgesetzt. Die Sperrung des Marktes wird auf Sonntage mit entsprechend schönem Radfahrwetter in den Sommerferien in der Zeit zwischen 12.00 und 18.00 Uhr beschränkt.
2. Die im Haushalt 2023 vorgesehene Hydraulikpolleranlage an der Einfahrt zur Straße Markt wird installiert. Der Sperrvermerk für die im Haushalt eingeplanten Mittel wird aufgehoben.

Stimmabgabe:	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		11	
Bündnis90/Die Grünen	5		
SPD	5		
FDP		2	
Familien-Partei	1		
Bürgermeisterin	1		

6. 49. Änderung des Flächennutzungsplanes für einen Landmaschinenhandel in Hamern und Aufstellung eines Bebauungsplanes hier: Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und frühzeitigen Behördenbeteiligung sowie Aufstellungsbeschluss für die 49. Änderung des Flächennutzungsplanes

Die Vorsitzende weist auf die Vorberatungen im Bezirksausschuss und im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss hin und erläutert den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage.

Seitens der Ratsmitglieder ergeben sich keine Rückfragen.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

1. Die Hinweise des LWL, der Stadtwerke Coesfeld, der Thyssengas GmbH, des Landesbetriebs Straßenbau NRW, der Gelsenwasser Energienetze GmbH, der Gelsenwasser AG, der Deutsche Telekom Technik GmbH, der Amprion GmbH und der Vodafone GmbH werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Anregung des Kreises Coesfeld hinsichtlich der Eingrünung des Betriebstandortes im Gebiet der Stadt Billerbeck wird entsprechend den Ausführungen gefolgt, die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
3. Es wird beschlossen, die 49. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Billerbeck durchzuführen und den Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt zu machen. Der Änderungsbereich liegt nordwestlich des Stadtgebietes der Stadt Billerbeck an der Grenze zur Gemeinde Rosendahl. Der Planbereich beinhaltet in der Gemarkung Billerbeck-Kirchspiel, Flur 2 die Flurstücke 118, 179 und Teile des Flurstücks 180.
4. Der Entwurf der 49. Änderung des Flächennutzungsplanes mit den Entwürfen der Begründung und der Artenschutzrechtlichen Prüfung Stufe II wird für die Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB gebilligt.
5. Der Entwurf der 49. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Parallel erfolgt die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB.

Stimmabgabe: einstimmig

7. Änderung des Regionalplanes Münsterland hier: Beteiligung der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen nach § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 13 LPIG NRW

Frau Dirks weist auf die Vorberatungen im Bezirksausschuss sowie im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss sowie die dortigen einstimmigen Beschlussvorschläge hin.

Herr Lennertz berichtet von einer Regionalratskonferenz, die er über einen Videolink angesehen hat. Hierin wurde von mehreren Informationsveran-

staltungen für kommunale Mandatsträger gesprochen. Die Frage ist nun, ob eine derartige Veranstaltung für Billerbeck bereits anberaumt ist. Geplant seien Termine nach der Sommerpause.

Frau Dirks und Frau Besecke bestätigen, dass noch keine konkreten Termine vorliegen.

Auf Rückfrage von Herrn Lennertz, ob es möglich sei, noch Flächen für Windenergie im Regionalplan berücksichtigen zu lassen und dieses bis September gelte, bestätigt Frau Dirks dieses.

Frau Besecke bekräftigt, dass die Bezirksregierung allerdings kein Interesse an der Aufnahme zusätzlicher Flächen habe. Nichts desto trotz kann jede Kommune eine Stellungnahme hierzu abgeben, in der eine solche Anregung formuliert werden kann.

Die Vorlage dient der Information

8. Anpassung der Gestaltungssatzung für die Billerbecker Innenstadt hier: Änderung der Festsetzungen für Solar- und Photovoltaikanlagen

Frau Dirks weist auf die Vorberatungen im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 20.04.2023 und den dort gefassten einstimmigen Beschluss hin.

Herr Wieland und Herr Salomon erklären sich für befangen und nehmen weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Frau Hüwe weist darauf hin, dass im Fachausschuss am 20.04.2023 verwaltungsseitig die Aussage getroffen wurde und es steht auch so in der Vorlage dieser Sitzung, dass es immer die Möglichkeit gibt per Antrag eine größere Photovoltaikanlage zu errichten. Diesen Antrag müssten die Eigentümer stellen. Sie bezeichnet das Stellen eines Antrages jedoch immer als Hürde und seitens ihrer Fraktion die Gefahr gesehen wird, dass Eigentümer "verloren" gehen auf dem Weg potentiell mehr Photovoltaik zu errichten, da diese so abgeschreckt werden. Zudem bedeutet dieses Vorgehen – in Augen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenso eine zusätzliche Bürokratie, die aufgebaut wird, wobei es doch eigentlich an der Zeit sein sollte, diese abzubauen, um den Bürgern den Weg zu ebnen anstatt sie weiter auszubremsen. In großen Teilen wird kein Bedarf gesehen, dass überhaupt eine Beschränkung der Photovoltaikanlagen auf den Dächern erforderlich ist, da diese von den Fußwegen aus nicht einsehbar sind – zumindest bei den höheren Gebäuden und deshalb beantragt die Fraktion einen weitergehenden Beschluss, dass im Entwurf der Gestaltungssatzung für das Gebiet I in allen Bereichen – außer in den blau markierten um die beiden Kirchen herum – die Begrenzung für Photovoltaik komplett entfällt.

Frau Dirks betont nochmals die umfangreiche Diskussion und bestätigt, dass die Möglichkeit der Antragstellung möglich ist. Herr Mader habe sich umfangreich mit den verschiedenen Gebäuden befasst und nur ganz wenige Gebäude sind von den strengeren Festsetzungen betroffen. Dieses sind

die empfindlichen Bereiche, die von der Straße aus vollständig einsehbar sind. Bei allen anderen Gebäuden ist die Verwaltung bereits den Weg gegangen, dass größere Anlagen installiert werden können.

Frau Hüwe bestätigt dieses und möchte trotzdem, dass die Beschränkung von 60 % und 40 % komplett entfallen.

Herr Lennertz meldet sich zu Wort und weist auf den Antrag der CDU für die heutige Sitzung hin.

Für die Fraktion der FDP bekundet Frau Pawliczek ihre Zustimmung zu dem weitergehenden Antrag.

Seitens der Verwaltung stellt Frau Besecke fest, dass die einzige Änderung die sei, dass die empfindlichen Bereiche um die Kirchen so belassen werden wie vorgeschlagen und bei den anderen Bereichen keine Restriktionen, was die %-Zahlen angeht gewünscht werden. Dieses wird so im anstehenden frühzeitigen Verfahren berücksichtigt.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Entwurf der Änderung der Gestaltungssatzung wird unter Entfall von Bereichen mit 40% und 60% Beschränkung mit dem Gestaltungsbeirat der Stadt Billerbeck und der zuständigen LWL-Denkmalpflege erörtert und anschließend eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.

Stimmabgabe:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	10		
Bündnis90/Die Grünen	5		
SPD	5		
FDP	1		
Sonstige	1		
Bürgermeisterin		1	

9. Errichtung von zwei Windenergieanlagen in der Konzentrationszone Nr.1 „Riesauer Berg“

Hier: Überschreitung der Grenzen der Konzentrationszone mit den jeweiligen Rotoren nach § 35 Abs. 3 S. 3 Baugesetzbuch (BauGB)

Die Vorsitzende nimmt Bezug auf die Vorberatungen im Bezirks- sowie Stadtentwicklungs- und Bauausschuss und verweist auf die einstimmigen Beschlüsse.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Es wird beschlossen, dass die Rotorblätter der geplanten Windenergiean-

lagen Nr. 6 und Nr. 7 in der Konzentrationszone Nr. 1 „Riesauer Berg“ als Ausnahme von § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB nicht vollständig innerhalb der ausgewiesenen Flächen liegen müssen.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	11		
Bündnis90/Die Grünen	5		
SPD	5		
FDP			2
FamilienPartei	1		
Bürgermeisterin	1		

10. Bericht über die finanziellen Auswirkungen aufgrund der Aufnahme der Schutzsuchenden aus der Ukraine

Frau Lammers erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation (siehe Anlage 1 im Ratsinfo-System der Stadt Billerbeck) den Abschlussbericht zum Jahr 2022.

Seitens der Ratsmitglieder besteht darüber hinaus kein weiterer Erklärungsbedarf.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Stimmabgabe: einstimmig

11. Antrag der CDU Fraktion vom 15.03.2023 hier: Überprüfung der Gestaltungssatzung

Mit Bezug auf die Beratungen zum Tagesordnungspunkt 8 teilt Herr Lennertz mit, dass der Antrag zurückgezogen wird. Die CDU hatte den Antrag gestellt, ohne zu berücksichtigen, dass die Verwaltung die Überarbeitung der Gestaltungssatzung für die Ermöglichung von mehr Photovoltaikanlagen bereits angekündigt und begonnen hatte.

12. Antrag der CDU Fraktion vom 12.04.2023 hier: Ausarbeitung eines kommunalen Förderprogramms "Klimaschutz"

Frau Dirks nimmt Bezug auf den gestellten Antrag und führt aus, dass im Rahmen der Aufstellung des Klimaschutzkonzeptes bereits über Förderprogramme gesprochen wurde. Hier wurde sich darauf verständigt, ein Förderprogramm für Gründächer aufzulegen – dies ist Inhalt des Klimaschutzkonzeptes und im Haushalt 2024 bereits berücksichtigt. Die Klimaschutzmanagerin erarbeitet zurzeit ein Konzept für die Förderung von Gründä-

chern. Ausgewählt wurden Gründächer, da diese nicht direkt einen finanziellen Nährwert haben und zudem bei der Bürgerbeteiligung favorisiert wurden.

Im Anschluss bekräftigt Herr Lennertz, dass das Thema Energieeinsparung sehr wichtig sei und der städtische Haushalt hierdurch nicht belastet werden sollte. Vielleicht gibt es Fördertöpfe z.B. für Balkonkraftwerke oder andere Energiesparmaßnahmen. Die Mitaufnahme in das Klimaschutzprogramm und das kommunale Förderprogramm wäre wünschenswert. Er schlägt vor, den Antrag an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Frau Dirks schlägt vor, den Antrag zunächst in den Umweltausschuss zu verweisen, da der Umweltausschuss sich damit beschäftigen muss, ob dies als Priorität gesehen wird, da umfangreiche Maßnahmen bereits priorisiert worden sind. Wenn dieser Ausschuss in Abstimmung mit der Klimaschutzmanagerin zustimmt, dann könnte im Haupt- und Finanzausschuss weiter beraten werden.

Danach stimmt Herr Tauber dem Vorschlag der Vorsitzenden zu – zumal diese Beratungsreihenfolge durch die Zuständigkeitsordnung geregelt ist. Kritisch sieht Herr Tauber die Zielrichtung des Antrages, da erst vor Kurzem das Klimakonzept verabschiedet und dort wurden ganz klar Maßnahmen und Ziele definiert wurden. Einem Verweis in den Umweltausschuss kann er jedoch zustimmen.

Darauf erklärt Frau Hüwe, dass die Intention des Antrages begrüßenswert ist. Bezugnehmend auf den Vorschlag der Förderung von Balkonkraftwerken weist Frau Hüwe auf die soziale Gerechtigkeit hin, welche beachtet werden sollte. Es müssten Kriterien für die Vergabe von Fördermitteln festgelegt werden und nicht nach dem "Gießkannenprinzip" arbeiten. Eine differenzierte Förderung sollte vielmehr das Ziel sein. Zu bedenken sei zudem, dass in den vergangenen Monaten die Balkonkraftwerke im Kreis eher "untergegangen" sind. Hinsichtlich der individuellen Energieberatung gibt es bereits Geld und zwar vom BAFA (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) – bis zu 80 % Förderung – begrenzt auf einen Höchstbetrag von 1.800 € - sind hier möglich. Somit stellt sich die Frage, ob eine doppelte Förderung erforderlich ist.

Mit Hinweis auf die Allgemeine Zeitung vom 26.04. und Mitteilung über SocialMedia der Stadt teilt Frau Hüwe mit, dass am 02.05.2023 eine kostenlose Energieberatung über die Kreishandwerkerschaft stattfinden wird.

Frau Dirks bekräftigt nochmals, dass das vorhandene Klimaschutzkonzept Vieles beinhalte und ein Schwerpunkt Beratung und Bildung sowie das Nachhaltigkeitszentrum beinhalte – bei alle dem wird auch das Thema Balkonkraftwerk berücksichtigt werden.

Abschließend schlägt die Vorsitzende Frau Dirks vor, diesen Antrag in den Fachausschuss zu verweisen.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Antrag wird an den Umweltausschuss verwiesen.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	11		
Bündnis90/Die Grünen	5		
SPD	2		3
FDP	2		
FamilienPartei	1		
Bürgermeisterin	1		

13. Mitteilungen**13.1 Buschenkamp Süd - Frau Besecke**

Frau Besecke teilt mit, dass für das Baugebiet Buschenkamp Süd die Herstellung der Asphalt-Baustraße für den 3.+4. Mai terminiert ist. Danach erfolgen die Abnahme der Bauleistung und im Anschluss die Freigabe des Baugebietes.

13.2 barrierefreie Ladesäule - Frau Besecke

Bezugnehmend auf die Anfrage im vorherigen Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen hinsichtlich der Errichtung einer barrierefreien Ladesäule teilt Frau Besecke mit, dass sich die beauftragte Firma sich im Konkurs in Eigenverantwortung befindet. Hierdurch sind Verzögerungen entstanden. Die Lieferung wird nunmehr zur 29. Kalenderwoche erwartet.

13.3 Änderung Sitzungskalender 2023 - Herr Messing

Herr Messing teilt mit, dass sich Änderungen im Sitzungskalender ergeben haben. Der Betriebsausschuss wird vom 25. Mai auf den 01. Juni verschoben, da ein Referent den ursprünglichen Termin nicht halten konnte. Der Haupt- und Finanzausschuss wird vorgezogen vom 01. Juni auf den 25. Mai - dieser Tausch ist mit den Ausschussvorsitzenden abgesprochen.

14. Anfragen**14.1 Beleuchtungssituation Helker Berg - Herr Rampe**

Herr Rampe erkundigt sich nach dem Stand der Beleuchtungssituation am Helker Berg – ursprünglich sollte eine sog. Intelligente Beleuchtung installiert werden.

Frau Besecke erläutert, dass im Zuge dessen auch die Stromversorgung des Wassertretbeckens sichergestellt werden konnte. Insgesamt habe aber der Betreiberwechsel des Netzes zu erheblichen Verzögerungen geführt.

Frau Dirks ergänzt, dass im Bereich des Tretbeckens die intelligente Beleuchtung nun installiert ist und dieses mit guten Rückmeldungen aus der Bürgerschaft. Die Arbeiten werden entsprechend am Helker Berg weitergeführt.

14.2 Tarifabschluss - Herr Rampe

Herr Rampe berichtet von einem Interview mit der Bürgermeisterin zum Abschluss des Tarifes, in dem berichtet wurde, dass Gelder hierfür nicht komplett im Haushalt eingestellt seien, sondern nur in Teilen – muss hier noch nachgesteuert werden?

Frau Dirks stellt klar, dass vorgenanntes Interview noch während der Verhandlungsphase stattgefunden hat und für dieses Jahr steht ausreichend Geld zur Verfügung.

Herr Rampe fragt nach, ob eventuell mit Steuererhöhungen zu rechnen sei.

Frau Lammers erläutert, dass zunächst mit den geforderten 10,5 % eine Hochrechnung erfolgt ist. 10,5 % nicht das Ergebnis, sondern zunächst einmal die Zahlungen der steuerfreien Beträge (ab Juni 2023). Dieses wiederum bedeutet, dass keine Sozialleistungen – keine VBL entrichtet werden müssen. Hieraus ergibt sich somit eine Einsparung. Im Haushalt wurde mit 3 % Gehaltserhöhungen kalkuliert und dieses wird im Jahr 2023 voraussichtlich auskömmlich sein.

Herr Messing ergänzt, dass sich die Kosten in 2023 auf ca. 200 T € belaufen und im Haushalt für 2024 ein Mehrbedarf in Höhe von 400 T € einkalkuliert werden muss. In der Finanzplanung für das nächste und die kommenden Jahre ist dieses noch nicht berücksichtigt.

14.3 Mandatos-Beschlussampel - Frau Hüwe

Frau Hüwe erkundigt sich nach dem Stand der Beschlusskontrolle in Mandatos, da die Schulung mittlerweile durchgeführt worden ist.

Herr Messing teilt mit, dass die Frage der Beschlusskontrolle innerhalb der Mandatos-Schulung ebenso gestellt wurde und Herr Lamberti von der Fa. SOMACOS klar geäußert hat, dass es nicht trivial ist und eine Umsetzung konzeptioniert werden müsste.

Frau Hüwe kritisiert, dass versprochene Unterlagen von Herrn Lamberti zwar versprochen wurden – bislang aber leider noch nicht angekommen sind.

Herr Messing sagt zu, bei Herrn Lamberti nachzufragen.

14.4 Stand isolierte Positivplanung Hamern - Lutum

Frau Hüwe nimmt Bezug auf die beschlossene isolierte Positivplanung im Bereich Hamern Gantweg und erkundigt sich nach dem Stand des Verfahrens – zumal die Umsetzung so schnell wie möglich erfolgen sollte.

Frau Besecke entgegnet, dass sich alle Interessenten noch in den Artenschutzprüfungen sind und insofern, wenn die Ergebnisse vorliegen, wird entsprechend des Beschlusses gearbeitet. Darüber hinaus stehe die Verwaltung aber in Kontakt mit dem Vorhabenträger.

Frau Hüwe hinterfragt, ob die Prüfung des Artenschutzes nicht die Aufgabe des Kreises sei.

Dieses verneint Frau Besecke und führt aus, dass die Stadt alle diese Belange im Verfahren abarbeiten muss, um zunächst klären zu können, um welches Plangebiet abgegrenzt wird. Insgesamt habe die Stadt alle Belange im Rahmen einer Umweltprüfung abzuarbeiten.

Weiterhin weist Frau Besecke darauf hin, dass in der nächsten Stadtentwicklungs- und Bauausschusssitzung hierzu keine weitere Berichterstattung erfolgt, da sich für die Sanierung der Zweifachhalle ein neues Förderprogramm eröffnet, welches vorrangig zu bearbeiten gilt. Und auch dies alles nur im Rahmen von Überstunden erfolge.

14.5 Vollständigkeit und Richtigkeit des Protokolls - Frau Pawliczek

Frau Pawliczek fragt – mit Bezug auf Unstimmigkeiten hinsichtlich Vollständigkeit und Richtigkeit des Protokolls - ob, wie vorab beschlossen von der heutigen Sitzung eine Tonbandaufnahme erstellt wird.

Dieses wird von Frau Dirks bejaht.

14.6 mobile Lüftungsanlage Fa. Ziel - Herr Geuking

Herr Geuking möchte wissen, was mit dem mobilen Lüftungsgerät der Fa. Ziel zukünftig geschehen soll, da es weder in Betrieb sei und zudem Raum belegt.

Frau Dirks antwortet, dass zunächst ein Verkauf angedacht worden war, aber Interessenten seien nicht wirklich da.

Herr Messing teilt mit, dass die Geräte möglicherweise in den Schulen und dort in Räumen, in denen keine Lüftungstechnischen Anlagen vorhanden sind, z.B. für die Zeit der Grippezeit eingesetzt werden können.

Herr Tauber regt an, zu prüfen, ob eventuell Rückgabefristen noch die Möglichkeit bieten auf Kulanz das Gerät zurückzunehmen. Ein Abstellen in den Schulen erscheint wenig sinnvoll.

14.7 Hydraulikpolleranlage - Herr Tauber

Anknüpfend an die Beratungen zum Tagesordnungspunkt 5 nimmt Herr Tauber nochmals Bezug auf seine persönlichen Schilderungen in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Er beschreibt seinen Weg entlang der Gedenkstelle am Kiepenkerl in Münster – dort wo es zu dem Vorkommnis gekommen ist. Er betont, dass gerade bei Großveranstaltung der Sicherheitsfaktor eine große Rolle spielt und Jeder, der hier seine Hand gegen die Errichtung von Hydraulikpollern erhebt, macht sich letztlich unterm Strich auch mit schuldig, sollte es zu einem Ereignis kommen.

Seine Frage an die Verwaltung: Wie will die Verwaltung bei künftigen Großveranstaltungen, wie Stadtfest, Weihnachtsmarkt und sonstigen Veranstaltungen ohne diese Hydraulikpoller die Sicherheit sicherstellen? Es ist überall an der Tagesordnung und Gang und Gäbe diese Hydraulikpoller zu errichten und nicht nur eine gefühlte Sicherheit herzustellen. Absperrbaken sind nicht ausreichend – und werden es in Zukunft nicht mehr tun. Die Verwaltung steht vor dem Dilemma, die Sicherheit am Markt sicherstellen zu müssen. Ihm schwebt vor, dass man dort diese unsäglich großen Wassercorner dann aufstellt. Er bekräftigt ebenso, dass die Einfallsschneise an

der Eisdielen nicht ausreicht und man sich da auch Gedanken machen muss – über den Abschluss an der Schmiedestraße und an der Kurze Straße. Die konkrete Frage, ohne diese Hydraulikpoller, die gerade abgelehnt wurden, wie wollen Sie die Sicherheit sicherstellen? Wird dieses seitens der Verwaltung zukünftig in einem Fachausschuss präsentiert – wie kann eine Konzeption aussehen? Für sich persönlich möchte Herr Tauber sich davon freimachen, dass es dort wirklich zu Schlimmeren kommt.

Frau Dirks bestätigt das der Vorschlag der Hydraulikpoller – der gerade abgelehnt worden ist – seitens der Verwaltung weiterverfolgt werde – zumal es im Haushaltsplan einen Ansatz hierzu gibt – auch wenn dieser mit einem Sperrvermerk versehen ist. Für den nächsten Haushaltsplan sollen auch weitere Vorschläge gemacht werden, da dieses die beste, praktikabelste und beste Lösung gesehen wird. Zurzeit sehe die Sicherung des Marktes so aus, dass es sich eher um eine Behelfslösung handelt, da Fahrzeuge z.B. von Schaustellern oder des Bauhofes als Barrikaden aufgestellt werden.

Sie betont, dass die Verantwortung bei ihr liegt und natürlich haben die Poller Kosten – aber es ist nicht übertrieben. Die Zeiten werden nicht besser. Weiterhin führt sie aus, dass Alle immer wieder Anschläge erleben – nur manche werden vorher vereitelt. Aus Sicht der Verwaltung ist ein Absperren der Innenstadt mit versenkbaren Pollern dringend nötig und die Behelfsszenarien nicht weiter verantwortbar. Die Thematik im Zusammenhang mit dem autofreien Markt ist nun durch, aber aufgrund des Themas Sicherheit wird seitens der Verwaltung beantragt, die eingestellten Mittel zu entsperren und zukünftig auch noch weitere Mittel in Haushaltsplanungen einzustellen.

Herr Tauber ergänzt und bestätigt der Bürgermeisterin, dass zu erkennen ist, dass Frau Dirks ihrer Verantwortung sehr wohl und auch auskömmlich nachkommt. Deswegen habe er ausdrücklich die Ablehner angesprochen. Er bedankt sich, dass die Verwaltung an dem Thema dranbleiben und dieses auch weiter forcieren wird, dass man gemeinsam zu einer guten Lösung kommen werden.

Hierauf wiederum meldet sich Herr Lennertz zu Wort und kritisiert, dass der Vorwurf hinsichtlich der vorher getroffenen Entscheidung in dieser Form nicht akzeptabel ist. Gerichtet an Herrn Tauber plädiert Herr Lennertz dafür, dass sich jeder Politiker wirklich bemühen sollte, Probleme zu lösen anstatt gesellschaftliche Gruppen zum Sündenbock zu erklären und somit die Gesellschaft zu spalten. Weiterhin wirft Herr Lennertz Herrn Tauber vor, dass er mit dem Schüren von Ängsten die Stil-Modelle der AFD bediene. Die Bürgermeisterin stellt daraufhin fest, dass dieser Vergleich Grenzen überschreite und fordert nach einem kurzen Wortgemenge alle auf, sich wieder zu beruhigen.

14.8 Baumaschinen Straße Zu den Altstätten - Herr Wieland

Herr Wieland schildert die Situation in der Straße zu den Altstätten und den dort falsch herum parkenden Baumaschinen. Diese sind weder beleuchtet noch durch eine Bake gesichert. Dieses stellt in seinen Augen eine Gefahr dar.

Herr Messing antwortet, dass die Verwaltung hierüber Kenntnis hat und im Zuge der jetzigen Baumaßnahme dieses eine Zwischenlösung / Zwischenparksituation handelt. Die Verwaltung wird die Parksituation klären.

14.9 Zu den Alstätten - Massonneustraße Parkbank - Herr Kösters

Herr Kösters fragt nach, ob es im Bereich der Parkbank – Ecke Zu den Alstätten – Massonneustraße ursprünglich einen Mülleimer gab bzw. ob dieser entfernt wurde oder hier ein Mülleimer aufgestellt werden kann.

Frau Dirks entgegnet, dass dieses seitens der Verwaltung geprüft wird.

14.10 Unterbringung Ukrainer + Asylbewerber - Herr Kösters

Herr Kösters nimmt Bezug auf die Berichterstattung zu TOP 10 und erkundigt sich, ob für die zugewiesenen Ukrainer im Stadtgebiet ausreichend Unterkünfte zur Verfügung stehen.

Herr Struffert teilt mit, dass die Zuweisungen der ukrainischen Flüchtlinge zurzeit erheblich abgenommen haben. Unterbringungsmöglichkeiten stehen ausreichend zur Verfügung. Allerdings nimmt die Zuweisung von Syrern, Iranern, Irakern und Afghanen deutlich zu, so dass die Möglichkeit der Unterbringung immer schwieriger wird.

14.11 Ampelanlage Osterwicker Straße - Frau Ahlers

Frau Ahlers weist auf die fehlerhafte Schaltung der Ampelanlage an der Osterwicker Straße hin und hinterfragt den Sachstand.

Herr Messing bestätigt, dass die bauausführende Firma, die die Schlitze noch ziehen muss, dem Landesbetrieb Straßen NRW zugesagt hat, dass die Arbeiten innerhalb der nächsten 14 Tage erledigt werden. Erst dann können die Induktionsschleifen verlegt werden.

14.12 Amprion-Trasse - Herr Flüchter

Herr Flüchter berichtet von den Planungen der Amprion-Trasse und den online zugänglichen Informationen. Interessant ist nun, wie der weitere Verfahrensgang ist – hierzu fehlen Informationen – zumal, wenn verfahrensrechtliche Schritte anstehen.

Frau Besecke führt aus, dass zunächst Bodenproben genommen werden und anschließend die Trassenführung weiter eingegrenzt wird. Bei den offiziellen Beteiligungsverfahren werden die betroffenen Kommunen beteiligt. Zu gegebener Zeit werden Beratungen in den Fachausschüssen erfolgen. Die Verwaltung wird in dem Zuge jedoch auch im möglichen Rahmen die Öffentlichkeit informieren.

15. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Keine.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Ute Höning
Schriftführerin